

## Für eine (neue) Engagementstrategie in Berlin

1. Zur Verortung einer Entwicklungslogik für bürgerschaftliches Engagement in Berlin
2. Staatliche Sicht und zivilgesellschaftliche Forderungen
3. Was heißt eigentlich „Engagement-Strategie“?
4. Standort heute und Perspektiven

### 1. Die Verortung einer Entwicklungslogik für bürgerschaftliches Engagement in Berlin

Berlin hat sich als Stadtstaat in seinem westlichen Teil bereits vor der Wende 1989 für eine moderne, zivilgesellschaftliche Entwicklung mit zwei wegweisenden Pilot-Projekten stark gemacht:

- der Förderung einer selbstbestimmten Selbsthilfebewegung in Form der Selbsthilfekontakt- und Informationsstellen
- und einer infrastrukturellen Antwort auf die Frage, wie bürgerschaftliches Engagement als eigene Kraft angesprochen und unterstützt werden kann. So entstand 1988 der „Treffpunkt Hilfsbereitschaft“, wie unsere Landesfreiwilligenagentur Berlin damals hieß, und damit die Freiwilligenagentur als neue Organisationsform.

Weitere innovative Projekte, die sich mit dem „Erfahrungswissen Älterer“ als zu hebenden Schätzen im demografischen Wandel beschäftigten, wurden damals noch gefördert. Die Zeit war damals von konzeptionellem Arbeiten und innovativem Denken und Fördern bestimmt.

Diese Offenheit kam nach der Wende zum Stillstand und wurde mit der Berliner Bankenaffäre und den daraus resultierenden finanziellen Engpässen für Projektförderungen um die Jahrtausendwende vollends in einem fest gezurrten Istzustand bis in diese Tage zementiert: Die öffentlich geförderte Engagement förderliche Infrastruktur besteht seitdem wesentlich aus Stadtteilzentren, die als Standard im Westteil Berlins seit der Nachkriegszeit, im Ostteil seit der Wiedervereinigung als Orte lokaler räumlicher Begegnung und zunehmend auch für soziale Dienste je Bezirk unterstützt werden. Der Treffpunkt Hilfsbereitschaft blieb als Freiwilligenagentur ein „Solitär“ in der öffentlichen Förderung und entwickelte sich – auch aus eigenem Auftrags- und Strukturverständnis – zur Landesfreiwilligenagentur Berlin.

Schon in den neunziger Jahren bestand in der Berliner Engagementlandschaft einschließlich der Seniorenorganisationen weites Einverständnis, dass freiwilliges Engagement im sich abzeichnenden gesellschaftlichen (demografischen) Wandel nicht allein mit dem Feiern von Internationalen Jahren zu einer angemessenen Entwicklungslogik finden würde. Im Internationalen Jahr der Freiwilligen 2001, noch gestärkt durch die Erfahrungen des wenig wirkungsvollen Internationalen Jahres der Senioren 1997, kam es auch in Berlin zu einer breiten Solidarisierung und gemeinsamen Forderung nach Veränderungen:

- Massiv wurde in diesem Jahr der zivilgesellschaftliche Wunsch nach **Diskursen mit der Politik** an die verantwortliche Sozialstaatssekretärin herangetragen. Und die Landesfreiwilligenagentur Berlin wurde von den Akteuren als Moderatorin und Mittlerin für eine engagementpolitische Perspektive gewünscht, dem sie nachkam. Ein eigens von der Landesfreiwilligenagentur Berlin entwickeltes Diskursverfahren, die „*Runden Tische zur Förderung des freiwilligen Engagements*“ in Berlin, entstand und wurde von den Akteuren wie auch von der zuständigen Senatsverwaltung als passend und von letzterer für förderfähig befunden.
- Der zweite Wunsch galt einer stärkeren **querschnittlichen Verbindung zwischen den Akteuren des bürgerschaftlichen Engagements**. Dies führte zu einem vom Sozialsenat gut geheißenen „*Arbeitskreis freiwilliges Engagement Berlin*“, der sich 2001 gründete und auf Wunsch der Beteiligten von der Landesfreiwilligenagentur Berlin moderiert, geleitet und dokumentiert wurde. Mit dieser Plattform konnten vielfältige zivilgesellschaftliche Fragen diskutiert und Austausch-Gelegenheiten geschaffen werden. Rund 150 Organisationen aus dem Feld des bürgerschaftlichen Engagements formulierten aktuell Fragen und Anliegen, ebenso wurden solche von der konstruktiv kooperierenden Senatsverwaltung und anderen Gästen in die Runde eingebracht. So wurde in der Folge der erste *Engagement-Bericht des Senates von Berlin* im Arbeitskreis begleitet, die *Ergebnisse des ersten bundesweiten Freiwilligensurveys* wurden diskutiert, und auch der *Schlussbericht der Enquete-Kommission zur Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements* wurde aus Sicht der Metropole Berlin bewertet. Die etwa vierteljährlichen Sitzungen waren offen für Interessierte und gut besucht. *2003 wurde die Gründung und Arbeitsweise des BBE vorgestellt und als neue Organisationsidee für die Berliner Landesebene zivilgesellschaftlicher Zusammenarbeitskultur diskutiert*. Erste strategische Überlegungen für eine stärkere Organisationsform als die eines Arbeitskreises kristallisierten sich heraus.
- Ein dritter wichtiger Punkt für die zivilgesellschaftlichen Akteure in der Umfrage 2001 war der Wunsch nach einer stärkeren **öffentlichen Wahrnehmung ihres bürgerschaftlichen Handelns**. Durch Kontakte in die USA zu New York Cares aus dem Jahr 2000 sowie der Teilnahme am Internationalen Kongress der IAVE in Amsterdam 2001 konnte die Landesfreiwilligenagentur Berlin hierzu auch auf ausländische Formate und Erfahrungen verweisen. Ein *Day of Caring* wurde als Wunschformat ausgewählt und eine Arbeitsgruppe machte sich an die Transformation von der New Yorker auf die Berliner Ebene. Am 16.09.2001 konnte mit 22 beteiligten Organisationen der erste *Berliner Freiwilligentag* veranstaltet werden, der – genauso wie die

*erste Hamburger Freiwilligenbörse* des Aktivoli Netzwerks – ein bundesweit und bis heute insbesondere von Freiwilligenagenturen aufgegriffenes Format der Öffentlichkeitsarbeit und der Mit-Mach-Aktion im bürgerschaftlichen Engagement geworden ist. Insgesamt zehn Jahre setzte die Landesfreiwilligenagentur Berlin jährlich den Freiwilligentag als Lern-Gelegenheit für eine offensive und effiziente PR für bürgerschaftliches Engagement um und schuf damit vielfältige neue Handlung- und Kommunikationsfelder.

Aus diesen **Initiativen zur Stärkung der vernetzten, kommunikativen und kooperierenden Bürgergesellschaft** gingen mehrere Impulse für die Berliner Engagementlandschaft, aber auch für die Berliner Engagementpolitik hervor:

- 2003: Landesinitiative Bürgergesellschaft des Senates von Berlin<sup>1</sup> sowie
- 2003: Berufung eines/r **Beauftragten für bürgerschaftliches Engagement** in Berlin auf Staatssekretärebene in der Senatskanzlei von Berlin
- 2004: **Die Berliner Charta zum Bürgerschaftlichen Engagement**<sup>2</sup>: sieben Kernpunkte, auf die sich über 150 beteiligte Organisationen aus allen Teilen der Gesellschaft als Selbstverpflichtung für ein zukunftsorientiertes bürgerschaftliches Engagement in Berlin im November 2004 verständigten (Entwicklungsprozess siehe: <sup>3</sup>.)
- 2005: **Gründung des Landesnetzwerks Bürgerengagement „aktiv in Berlin“** im Juni als Folge dieser Charta und ihrer Implikationen mit 36 Gründungsorganisationen; heute sind es über 80 Organisationen aus allen Sektoren und Bereichen des bürgerschaftliches Engagements<sup>4</sup>. Die Landesfreiwilligenagentur Berlin wurde auf eigenen Wunsch als Moderatorin, nicht als Leitungsverantwortliche tätig, ein Sprecher\_innen-Rat von fünf gewählten Mitgliedsorganisationen vertritt das Landesnetzwerk Bürgerengagement Berlin und entwickelt die Agenda.
- 2005-2007: Die Entwicklung von *Instrumenten zur Anerkennung* für bürgerschaftliches Engagement: In einem bilateralen Prozess mit der Zivilgesellschaft wurde der **Berliner FreiwilligenPass** geschaffen, der sowohl Art und Umfang von Engagement dokumentiert als auch die darin eingebrachten Kompetenzen bzw. das dafür aufgebrachte Lernen und Fortbilden.
- 2008: Die **Berliner Freiwilligenbörse**, die von der erfolgreichen Hamburger Aktivoli Börse auf die Möglichkeiten des Landesnetzwerks Bürgerengagement Berlin übertragen wurde und in Förderung durch die Sozialverwaltung als auch mit Unterstützung der Beauftragten über eine ESF-Förderperiode jährlich von der Landesfreiwilligenagentur Berlin durchgeführt wurde.
- 2013: Einen **Parlamentarischen Ausschuss für bürgerschaftliches Engagement**, der (auch) vom Landesnetzwerk Bürgerengagement Berlin seit seiner 25. Mitgliederversammlung 2011 gefordert wurde, und seit September 2013 tätig ist.
- 2015 schließlich: Eine **CHARTA Bildung.Engagiert**, die als Leitbildprozess für einen erweiterten Bildungsbegriff (im Sinne des „Civic Education“) für Kinder und Jugendliche in drei Jahren in

---

1 <http://www.parlament-berlin.de/ados/GesSozMiVer/vorgang/0290.htm>

2 <http://zivilgesellschaft.berlin/die-charta/die-charta/>

3 [http://www.buergergesellschaft.de/fileadmin/pdf/gastbeitrag\\_schaaf-derichs\\_110722\\_b.pdf](http://www.buergergesellschaft.de/fileadmin/pdf/gastbeitrag_schaaf-derichs_110722_b.pdf)

4 <http://www.aktiv-in-berlin.info/mitglieder>

breiter Diskussion und mittels spezieller Austauschforen im Landesnetzwerk Bürgerengagement Berlin verfasst wurde.<sup>5</sup>

## 2. Staatliche Sicht und zivilgesellschaftliche Forderungen

Mit den *Grundsätzen und Leitprojekten zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in Berlin vom Dezember 2009*<sup>6</sup> listete die Beauftragte für bürgerschaftliches Engagement mit einer beeindruckenden Bandbreite von Initiativen die inzwischen umgesetzten und angelegten Projekte auf. Zugleich kam es bei der Frage der Zukunftsfähigkeit zu einer ernüchternden Aussage: Die Bedeutung einer übergreifenden Infrastrukturförderung, speziell für bezirkliche oder lokale Freiwilligenagenturen, wird zwar glaubhaft versichert, bleibt aber nach Schilderung der aktuellen Finanzlage des Landes folgenlos; es wird vielmehr an die Verantwortung der Bezirke (im Sinne der kommunalen Verantwortung) für diese Infrastrukturleistungen appelliert.

Der Aufbruch und Schwung von 2003 konnte sich praktisch nie aus den Zwängen einer Förderpolitik befreien, die überwiegend die für Strukturentwicklungen bekannt abträglichen projekthaften Züge trug. Es blieb ansonsten bei der vorrangigen Förderung der Selbsthilfe und der Stadtteilzentren, die im Laufe der Jahre aber immer mehr Aufgaben der gesellschaftlichen Daseinsvorsorge übertragen bekamen, und der Landesfreiwilligenagentur Berlin, deren Etat über fünfzehn Jahre eingefroren wurde. Deshalb entwickelten sich in den letzten Jahren nirgendwo neue, gesamtstädtisch vernetzte, dynamische Entwicklungslinien einer strategischen, d.h. überlebensfähigen und zukunftsorientierten Engagementpolitik, trotz vielfältiger Herausforderungen und neuer Ansprüche wie Erwartungen.

Insbesondere die inzwischen aus der Zivilgesellschaft geschaffenen Querschnitts-Strukturen, wofür die bereits seit 1998 gegründete **Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen in Berlin**<sup>7</sup> ebenso steht wie das **Landesnetzwerk Bürgerengagement Berlin**, wurden stillschweigend als (impliziter) Auftrag der Landesfreiwilligenagentur Berlin betrachtet; deren äußerst dynamische Entwicklungen, nicht zuletzt in Auseinandersetzung mit veränderten gesellschaftlichen Herausforderungen, wurden ignoriert. Das Landesnetzwerk Bürgerengagement Berlin kann seit seiner Gründung und mit aktuellen Stand von zehn Arbeitsjahren auf insgesamt über 80 Mitgliedsorganisationen blicken, ist aber in der rein ehrenamtlichen – besser gesagt: nicht finanzierten Koordination durch die Landesfreiwilligenagentur Berlin seit einigen Jahren bereits zu groß, und zu bedeutend geworden, um in diesem Organisationsstatus zu verbleiben.

Die Anzahl der Freiwilligenagenturen wiederum ist mangels Förderung in Berlin in den Jahren 2012 bis 2015 von 22 auf 15 Freiwilligenagenturen gefallen. Nur drei Bezirke haben sich zu einer eigenen Infrastruktur-Leistung entschlossen und diese in unterschiedlicher Weise professionalisiert und längerfristig gesichert.

---

5 <http://bildung-engagiert.de/charta/>

6 <http://www.parlament-berlin.de/ados/16/IIIPlen/vorgang/d16-2874.pdf> - siehe S. 16f

7 <http://www.lagfa-berlin.de/>

### 3. Was heißt eigentlich „Engagement-Strategie“?

Diese Wortneuschöpfung ergab sich erstmalig aus einer Berichtslegung des Bundesfamilienministeriums 2013<sup>8</sup> und provozierte nicht nur in Berlin eine umfassende Debatte bei vielen Akteuren, Netzwerken<sup>9</sup> und Bündnissen<sup>10</sup>.

Zwei gute Beispiele seien genannt: die Engagementstrategie Baden-Württembergs von 2013<sup>11</sup> und die Engagement-Vereinbarung von Hamburg von 2014<sup>12</sup>. Beide Strategien greifen die bestehenden Struktur-Entwicklungen auf und haben zu neuen Bündelungen, Vereinbarungen oder Ausrichtungen gemeinsamer Arbeit nach einem Prozess partnerschaftlicher Erörterung von zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteuren geführt.

Im Vergleich zu den o.g. good practice-Beispielen und mit Blick auf die bestehende Engagementpolitik in Berlin, sollte aus meiner Sicht aktuell an folgenden Merkmalen einer Engagement-Strategie systematisch gearbeitet werden:

- Bestandsaufnahme und Klärung von **Aufgabenverteilung, Veränderungsbedarfen oder -wünschen** in gemeinsamer Sichtung durch Zivilgesellschaft und Staat, beispielhaft dafür die Engagement-Werkstätten in NRW<sup>13</sup>
- Start und Aufbau eines **gemeinsamen**, inhaltlich und zeitlich definierten **Reflektionsprozesses** (wo stehen wir als Bürgergesellschaft und als Bürgerkommune?)
- **Beteiligung** von möglichst allen relevanten Akteuren, die für Struktur-Entwicklungen auf beiden Seiten Verantwortung tragen
- **Verständigung auf gemeinsame Werte und Ziele** einer Strategie, möglicherweise im Sinne einer Deklaration, eines Leitbildes o.ä. (die Berliner CHARTA wurde vom Berliner Senat mit Hinweis auf die Verpflichtungen darin nicht unterschrieben)
- **Beteiligung als Grundprinzip für Teilhabe auf „gemeinsamer Augenhöhe“** als Basis für die Gespräche und Austausch, um Pluralität und Einlassung zu ermöglichen, Vorurteile abzubauen
- **Transparenz, Nachvollziehbarkeit** und die Bereitschaft zur Offenlegung von Sachverhalten, Erläuterungen im gemeinsamen Arbeiten und Vorgehen, ebenso wie Dokumentation von gemeinsamen Errungenschaften und Beschlüssen<sup>14</sup>
- **Konsens bei den Entscheidungen** und Plänen oder Vorhaben, was unterschiedliche Verpflichtungen nicht ausschließt, sondern geradezu erforderlich macht aus den verschiedenen Rollen heraus

---

8 <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/freiwilliges-engagement,did=172514.html>

9 [http://www.lbe.bayern.de/imperia/md/content/stmas/lbe/pdf/kommentar\\_engagementstrategie-1.pdf](http://www.lbe.bayern.de/imperia/md/content/stmas/lbe/pdf/kommentar_engagementstrategie-1.pdf)

10 [http://www.buendnis-gemeinnuetzigkeit.org/\\_pdf/Nationale\\_Engagementstrategie\\_Stellungnahme\\_10122010.pdf](http://www.buendnis-gemeinnuetzigkeit.org/_pdf/Nationale_Engagementstrategie_Stellungnahme_10122010.pdf)

11 [http://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-sm/intern/downloads/Downloads\\_B%C3%BCrgerengagement/Engagementstrategie\\_BW\\_2014.pdf](http://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-sm/intern/downloads/Downloads_B%C3%BCrgerengagement/Engagementstrategie_BW_2014.pdf)

12 <http://www.hamburg.de/freiwilligenstrategie-2020/>

13 [http://www.engagiert-in-nrw.de/pdf/Zukunftsfaktor\\_BE\\_publication\\_web.pdf](http://www.engagiert-in-nrw.de/pdf/Zukunftsfaktor_BE_publication_web.pdf)

14 Vergleiche: Rupert Graf Strachwitz: Transparente Zivilgesellschaft? Accountability und Compliance in Non-Profit-Organisationen, Wochenschau Verlag 2015

- **Förderpolitik im Sinne der Stärkung der engagementförderlichen Strukturen, d.h. Freiwilligenagenturen als Knotenpunkte einer vernetzten Zivilgesellschaft, wie in vielen Bundesländern<sup>15</sup> und in europäischen Staaten<sup>16</sup> erfolgreich etabliert**
- **Produktive und vorausschauende Planung** für ein Mehr an bürgerschaftlichem Handeln, d.h. auch Vermeiden von Verlusten und Umschiffen von strukturellen Problemen mit gemeinsamer Anstrengung (alle sind Koproduzent\_innen in diesem Prozess, die „Güter“ sind sowohl sachliche als auch personelle, insbesondere aber politische)
- Statt projekthafter Erprobungsphasen sollten **Entwicklungslinien mit Konstanz und Tragweite für die Zukunft** geschaffen werden, also weiterführende Engagementstrukturen, statt Projektitis in Jahresschnitten
- Statt einem hierarchischen Verhältnis von Zuwendungsempfänger oder Bittsteller und Zuwendungsgeber bzw. Geldgeber sollten **kooperative Beziehungen und Ko-Produktionen** im Zentrum stehen, die – auch bei unterschiedlichen Möglichkeiten der Geldflüsse – die Mittel und Investitionen auf einer übergeordneten Ebene betrachtet, wie z.B. Netzwerk-Arbeit als ein Agens ebenso wie Kommunikation. Damit würden auch alle nicht-monetären Beiträge im Sinne einer bürgerschaftlichen Gleichberechtigung oder Ebenbürtigkeit gestärkt werden.
- **Information statt Nicht-Kommunikation:** Gerade zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren entsteht zuweilen ein Klima der Entfremdung dadurch, dass keine Sphäre von den Intentionen oder Plänen der anderen weiß. Werden dann „*ex cathedra*“ plötzlich Maßnahmen und Vorhaben verlautbart, wirkt dies wie ein Affront auf die engagierte Landschaft
- **Vorausschauende und planerische gemeinsame Arbeit**, Verständigung über das jährlich Erreichte, über Erfolge wie auch Hürden oder Probleme im bürgerschaftlichen Handeln: dies könnte mit einer Jahres-Auswertung-/Bilanz-Tagung zwischen den Akteuren des Staates und der Zivilgesellschaft rituell als Instrument der Standortbestimmung, des Prozess-Erkennens und prozessualen Lernens sowie der Vorausschau und Prävention für erkennbare Problemlagen genutzt werden
- Zielkriterium jeder Strategie muss die **Verstetigung und Stärkung der gewünschten, konsensuell definierten Strukturen und die Überlebensfähigkeit der gefundenen Lösungen** sein. Diesem Prinzip sollten sich alle anderen Aspekte unterordnen, denn nur so kann eine handlungsfähige Bürgerschaft in verstetigten und nachhaltigen Strukturen wachsen und gedeihen.
- Schließlich benötigen alle Formen von strategisch angelegten Entwicklungsprozessen eine klar **definierte Vereinbarung** („Compacts“) und Verbindlichkeit bis hin zu **Legaldefinitionen (vergl. Österreich<sup>17</sup>)**, damit das Verhandelte, seine Infrastrukturen und seine Kultur für das bürgerschaftliche Engagement nachhaltig gesichert werden kann<sup>18</sup>

---

15 <http://www.lagfa-bayern.de/>

16 [http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/PDF/projekte/tagungsinformation\\_mehrwert\\_austausch.pdf](http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/PDF/projekte/tagungsinformation_mehrwert_austausch.pdf)

17 [http://www.sozialministerium.at/site2/Soziales/Freiwilliges\\_Engagement/Freiwilligengesetz/](http://www.sozialministerium.at/site2/Soziales/Freiwilliges_Engagement/Freiwilligengesetz/)

18 [http://communicate-](http://communicate-europe.co.uk/index.php?id=8745&tx_ttnews[tt_news]=33848&cHash=787fd2195bbb204a8dae542c450b973f)

[europe.co.uk/index.php?id=8745&tx\\_ttnews\[tt\\_news\]=33848&cHash=787fd2195bbb204a8dae542c450b973f](http://communicate-europe.co.uk/index.php?id=8745&tx_ttnews[tt_news]=33848&cHash=787fd2195bbb204a8dae542c450b973f)

#### **4. Standort heute und Perspektiven**

Seit dem Jahr 2014 arbeiten die Runden Tische als Katalysator-Instrument für eine Weiterentwicklung. Über einhundert beteiligte Fachleute und Praktiker\_innen aus dem System der Berliner Engagement-Landschaft haben bereits 2014 im offenen Diskurs mit Vertreter\_innen des Parlamentarischen Ausschusses, der Beauftragten für bürgerschaftliches Engagement und der fördernden Sozialverwaltung wesentliche Schritte und Forderungen für eine Engagementstrategie gemeinsam erarbeitet<sup>19</sup>. Im Zeitraum der 5. Berliner Engagementwoche (11. – 20.09.2015) wird eine Ausschusssitzung stattfinden, bei der dieser Punkt im Zusammenhang mit dem zehnjährigen Bestehen des Landesnetzwerks Bürgerengagement Berlin und seiner notwendigen Förderung zum Thema gemacht wird. Eine „Aktuelle Stunde“ soll im September 2015 in der Plenarsitzung des Berliner Parlaments zum selben Anliegen stattfinden.

Wie auch immer diese Prozesse verlaufen, so ist doch unumstößlich deutlich geworden, dass die Berliner Bürgergesellschaft eine gemeinsame Vorstellung ihrer strukturellen Entwicklung anstrebt. Insbesondere die Möglichkeiten zur Information und Beratung von Engagementinteressierten durch Freiwilligenagenturen wird als Förderkonzept nachhaltig verlangt. Viele freie und auch verbandsinitiierte Freiwilligenagenturen streben nach einer verstetigten und vernetzten Zusammenarbeit und Unterstützung von engagierten Menschen und Organisationen sowie einer gemeinsamen Engagementkultur. Mit dem unaufhörlichen Zustrom von Menschen auf der Flucht wird der Mangel eines entsprechend ausgebauten und professionell betreibbaren Systems in diesen Tagen und Wochen schmerzhaft und bitter deutlich. Wir werden daher nicht nachlassen, die Voraussetzungen für eine vernetzte und organisierte Bürgergesellschaft, auch gerade für eine sich selbst organisierende wie im Falle der Willkommensbündnisse und der lokalen Hilfsorganisationen, als unabdingbare zivilgesellschaftlich notwendige Entwicklung einzufordern.

**Autorin:**

**Carola Schaaf-Derichs**, Geschäftsführung Landesfreiwilligenagentur Berlin e.V. und Mitglied im Sprecherrat des BBE.

**Kontakt:** [schaaf-derichs@freiwilliq.info](mailto:schaaf-derichs@freiwilliq.info)

---

<sup>19</sup> [http://zivilgesellschaft.berlin/files/2014/12/RT\\_2041-3\\_LZI.pdf](http://zivilgesellschaft.berlin/files/2014/12/RT_2041-3_LZI.pdf)

**Redaktion:**

*BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland*

*Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)*

*- Geschäftsstelle -*

*Michaelkirchstr. 17-18*

*10179 Berlin-Mitte*

*+49 (0) 30 6 29 80-11 5*

*newsletter(at)b-b-e.de*

*[www.b-b-e.de](http://www.b-b-e.de)*